



Niederschrift

49. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 26.04.2006
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann Oberbürgermeister	SPD	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	ab 17:30 Uhr
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Friederich, Götz Thorsten	CDU	ab 17:10 Uhr
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 19:10 Uhr
Frau Grimm, Ute	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Heinzl, Horst	CDU	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	nicht anwesend

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Herr Paffhausen, Stadtwerke Potsdam
Herr Böhm, Stadtwerke Potsdam
Herr Kirsch, Stadtverordneter Fraktion SPD
Herr Grünberg, Stadtverordneter Fraktion Die Andere
Herr Utting, Stadtverordneter Fraktion Familien-Partei
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Frau Calek, FB Recht
Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Herr Lehmann, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Jetschmanegg, Büro Oberbürgermeister
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 29.03.2006 und 12.04.2006
- 2 Bürgerbefragung zum Freizeitbad - Konkretisierung der Fragestellung
Vorlage: 06/SVV/0097
entsprechend HA 12.04.06 - abschließende Behandlung
- 3 Straßenumbenennung in Babelsberg
Vorlage: 06/SVV/0112
Verfasser: Fraktion CDU
- 4 Lenindenkmal an der Hegelallee
Vorlage: 06/SVV/0113
Verfasser: Fraktion CDU
- 5 Externe Stellenbesetzung Leitstellendisponent/in
Vorlage: 06/SVV/0376
Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement
- 6 Ergebnisse Planungswerkstatt 'Potsdamer Mitte'
Vorlage: 06/SVV/0257
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 7 Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0260
Oberbürgermeister, FB Gruen- und Verkehrsflächen
- 8 Diskussion über die Novellierung der Gemeindeordnung - Verständigung zu den Themen, die für die Stadt relevant sind
entsprechend HA 12.04.06
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 10 Verständigung zum Thema ÖPP und der Einladung eines Vertreters des MI
entsprechend HA 12.04.06
- 11 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 29.03.2006 und 12.04.2006**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und informiert anschließend über den Gesundheitszustand des Opfers vom Überfall am Ostersonntag. Er dankt sich bei den Fraktionen, die mit ihrer Teilnahme an der Demonstration am Freitag ein Zeichen der Unterstützung des Opfers und seiner Familie gesetzt ha-

ben. Die über 4.000 Teilnehmer haben deutlich gemacht, dass Gewalt und Rechtsextremismus in Potsdam keinen Platz haben. Mit dem Beirat zur Umsetzung des lokalen Aktionsplans habe man kurzfristige Aktionen vereinbart, so u.a. eine Plakataktion in Straßenbahnen und Bussen, mit denen auf Probleme des Alltagsrassismus aufmerksam gemacht werden soll.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung verweist der Oberbürgermeister auf den ausgereichten Nachtrag und die Aufnahme der TOP 6 und 7. Zum Tagesordnungspunkt 2 schlägt er vor, dass Herr Paffhausen einen Bericht über den aktuellen Stand zum Freizeitbad gibt. Weitere Hinweise und Änderungsvorschläge gibt es nicht; die Tagesordnung wird mit den genannten Änderungen einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.03.2006 gibt es keine Änderungen und Hinweise; das Protokoll wird mit 13 JA-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.04.2006 gibt es ebenfalls keine Änderungen und Hinweise; das Protokoll wird mit 13 JA-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung bestätigt.

zu 2 Bürgerbefragung zum Freizeitbad - Konkretisierung der Fragestellung Vorlage: 06/SVV/0097

Der Oberbürgermeister schlägt zu diesem Tagesordnungspunkt vor, dass Herr Paffhausen einen Bericht zum aktuellen Stand gibt und die 3 vorgeschlagenen Varianten erläutert. Herr Goetzmann werde über die geprüften möglichen Standorte für ein Spaßbad berichten.

Herr Goetzmann führt dazu aus, dass 6 Standorte geprüft wurden und man keinen ausgelassen habe, über den es sich lohne, auch nur ansatzweise nachzudenken. So seien das Gelände des Schlachthofs, das Gelände des ehemaligen RAW, die nördliche Babelsberger Straße/Havelauen geprüft worden und kommen von der Größe her in Betracht. Allerdings gebe es beim Gelände des ehemaligen RAW das Problem der notwendigen Flächenbereinigung, welches eine Fülle von Hindernisse aufbaue. Bei den Havelauen stelle der Umgebungsschutz für das Weltkulturerbe einen Konfliktfaktor dar. Weiterhin seien die Freundschaftsinsel, der Lustgarten und das Gelände des Wasserbetriebes geprüft worden – alle drei kämen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht in Betracht. So blieben der Brauhausberg und das Gelände des ehemaligen Schlachthofes/die Speicherstadt übrig, wobei bei letzterem die Größe des Geländes für die Errichtung eines Freizeitbades nicht ausreichen werde und weitere Flächen dazuzukaufen sind.

Anschließend erläutert Herr Paffhausen ausgehend von den Forderungen des Wirtschaftsministeriums die möglichen drei Varianten. Variante 1 wäre das Niemeyer-Bad, einschließlich der Sanierung der alten Schwimmhalle am Brauhausberg, Variante 2 die Entwicklung eines alternativen Bades mit dem Ingenieur-Büro Dr. Krieger und Variante 3 der Neubau eines Freizeitbades in der Speicherstadt, einschließlich des Neubaus eines 50-Meter-Beckens. Die Kosten der Vari-

ante 1 liegen bei 36,2 Mio €, der Variante 2 bei 31,8 Mio € und die der Variante 3 bei 31, 7 Mio €. Bei den letzten beiden Varianten schlagen Planungskosten des Niemeyer-Bades und Genehmigungsgebühren mit zu Buche. Herr Paffhausen erläutert die Kosten und die zu erwartenden Erlöse bei den einzelnen Varianten und deren Wirtschaftlichkeit. So gehe man derzeit davon aus, dass Variante 1 mit einem Gewinn von 312.000 € im Jahre abschlieÙe, Variante 2 mit 60.000 € und Variante 3 mit einem Minus von 80.000 €. Zu bedenken sei auch, dass das Niemeyer-Bad im Februar 2009 fertiggestellt werden könne; die beiden anderen Varianten erst Anfang 2011, da hier der Planungsvorlauf fehle bzw. die notwendigen Ausschreibungen getätigt werden müssen.

Im Weiteren erläutert Herr Böhme die Änderungen, aus denen sich die Reduzierung der Kosten des Niemeyer-Bades ergeben. So sei das Eingangsgebäude weggefallen und bestehe nur noch aus einem ebenerdigen Eingangsbereich. Das Umkleidepotenzial konnte durch die Einbeziehung der alten Schwimmhalle um 400 Plätze reduziert werden, die doppelverglasten Dachfenster seien weggefallen und eine halbe Saunakuppel werde nicht unterkellert. Im Gegenzug habe man die Saunalandschaft vergrößert und ein Liegenhaus zusätzlich geplant.

Anschließend beantwortet Herr Paffhausen die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder. So fragt Herr Schubert nach, ob der Anteil der Stadtwerke in der Gesamtsumme enthalten und in der Kalkulation der Zuschuss der Stadt berücksichtigt sei. Darüber hinaus fragt er nach dem Abriss des „Minsk“ und danach, ob die Entscheidung des Wirtschaftsministeriums Voraussetzung für die Fertigstellung des Freizeitbades im Jahr 2009 sei. Herr Bretz fragt nach, ob die Variante „Niemeyer-Bad“ auch bei einer geringeren Förderung als der jetzt angedachten 80 % durch das Land machbar sei. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass die Variante 3 – Bau eines Freizeitbades in der Speicherstadt „lieblos behandelt“ wurde, da hier die Nachteile sehr betont und hervorgehoben wurden. Er fragt, ob die Stadt hinter der Variante 3 stehe, wenn das Wirtschaftsministerium diese favorisiere.

Herr Paffhausen antwortet auf die Nachfragen von Herrn Schubert, dass das „Minsk“ abgerissen werde, wenn die Zusage der Förderung durch das Land vorliege. Bezüglich der Kostenkalkulation seien die Zuschüsse der Stadt für den Brauhausberg berücksichtigt und der Anteil der Stadtwerke mit eingerechnet. Bezüglich der Entscheidung des Wirtschaftsministeriums müsse die Stadt erst noch ihr Interesse bekunden. Der Oberbürgermeister ergänzt die Ausführungen und verweist darauf, dass die derzeitige Beschlusslage auf der Situation im Dezember 2005 basiere. Mit dem Eigenanteil der Stadtwerke von 12 Millionen sei eine neue Situation entstanden und ein neuer Beschluss erforderlich. Er betont, dass die Risiken möglichst gering zu halten seien, was für die Stadt und somit auch für die Stadtwerke gelte.

Auf die Wiederholung der Nachfrage von Herrn Bretz, ob die Variante „Niemeyer-Bad“ auch mit einer geringeren Förderung auskomme, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass diese so nicht zu beantworten sei. Bei Veränderung der Förderung sei eine neue Kalkulation sowie ein neuer Beschluss nötig. Sicher komme irgendwann der Punkt, wo diese Variante nicht mehr zu halten sei. Die maximale Eigenfinanzierung liege bei 12 Millionen Euro und dürfe nicht überschritten werden.

Bezüglich der Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg führt Herr Paffhausen aus, dass die Variante Speicherstadt „nicht ernsthaft lieblos“ behandelt worden sei. Mit den Varianten wolle man darstellen, was an welcher Stelle möglich sei, wie viel es koste und wie es aussehen könne. Eine Entscheidung über eine der drei Varianten könne nicht der Wirtschaftsminister treffen. Dem entgegnet Herr Dr. Scharfenberg, dass der Wirtschaftsminister Alternativstandorte wollte. Wenn diese nicht

ernsthaft durchsetzbar seien, gebe es keine Alternativen und die Forderung des Wirtschaftsministers sei nicht erfüllt. Der Oberbürgermeister erläutert, dass der Wirtschaftsminister eine klare Aussage der Stadt und eine Kostendarstellung gewollt habe, wenn das Niemeyer-Bad nicht gebaut werde. Es ging nicht um die Darstellung drei gleichwertiger Varianten, aus denen der Wirtschaftsminister eine auswähle.

Anschließend erfolgt die Behandlung der Drucksache **Bürgerbefragung zum Freizeitbad, Vorlage: 06/SVV/0097**.

Herr Dr. Scharfenberg weist eingangs darauf hin, dass eine Bürgerbefragung nicht bedeute, der Bürger entscheide, wie verfahren werden solle. Die Fraktion DIE LINKE. PDS sei gebeten worden, mögliche Fragen zu formulieren. Diese liegen allen Mitgliedern des Hauptausschusses vor, können aber durch andere Vorschläge ergänzt oder ersetzt werden.

Herr Schüler führt dazu aus, dass er die Bürgerbefragung zu diesem Zeitpunkt für problematisch halte, denn es sei bereits eine Entscheidung gefallen und die Zielstellung der Befragung somit nicht klar. Wenn, müsste umfassend und sorgfältig informiert werden, damit die Bürger mit Sachkunde entscheiden können.

Herr Bretz betont, dass sich die Fraktion der CDU nicht gegen eine Bürgerbefragung stelle, über die Art der Befragung müsse man sich allerdings unterhalten und die derzeitige Sachlage in die Fragestellung mit einfließen lassen. Herr Schubert schlägt vor, die Fragen in den nächsten Fraktionssitzungen zu diskutieren. Die Frage 3 sei seiner Meinung nach falsch und müsse genauer formuliert werden.

Herr Krause entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Bretz, dass man sich nicht „unterhalten“ sondern entscheiden müsse. Wenn zu den vorliegenden Fragen keine Änderungsvorschläge gemacht werden können, müsse man den Antrag ablehnen.

Herr Gohlke sieht das Bemühen der Stadt und der StVV, die Bürgerbeteiligung zu erhöhen, insbesondere in der Diskussion des Bürgerhaushalts und befürworte deshalb auch eine Bürgerbefragung. Bezüglich der Frage 3 sehe er die Bürger nicht in der Lage, die drei Varianten zu prüfen. Er plädiere dafür, die Fragen wertfrei zu formulieren, sehe aber auch die Gefahr, dass die Ergebnisse dann nicht verwendbar seien.

Herr Schüler wiederholt seine Ausführungen, dass die StVV bereits eine Entscheidung getroffen habe, die möglicherweise im Ergebnis der Befragung aufzuheben sei. Für ihn stehe die Frage, wie solle man den Bürgern vermitteln, dass es auf die Ergebnisse der Befragung noch ankomme, wenn das Ende des Entscheidungsprozesses bereits erreicht sei.

Für Herrn Dr. Scharfenberg stehe die Frage, ob man die Befragung wolle oder nicht. Wenn ja, müsse eine Form gefunden werden, das den Bürgern nahe zu bringen. Man kann die Bürger nicht einbeziehen wollen und ihnen dann nichts zutrauen. Bezug nehmend auf die Aussagen zum Zeitpunkt der Befragung weist Herr Dr. Scharfenberg darauf hin, dass ein früherer Zeitpunkt gar nicht gewollt war. Der Oberbürgermeister selbst habe dafür plädiert, eine Bürgerbefragung nach dem Vorliegen der drei Varianten durchzuführen.

Herr Friederich meint, dass Herr Dr. Scharfenberg den Freizeitbadbau verhindern wolle. Derartige Fragen seien im Zusammenhang mit dem Bau des Spaßbades in Drewitz nie gestellt worden. Es gebe demokratisch gefasste Beschlüsse mit konkreten Aufgaben für den Oberbürgermeister.

Herr Exner sieht in der Befragung ein unverbindliches Instrument, um ein Mei-

nungsbild wiederzugeben. Die Befragung müsse repräsentativ sein und die vorhandene Sachlage vermitteln. Dies sei ein hochkomplexer Vorgang, wenn man das seriös machen wolle und die Fragen seien so zu stellen, dass sie mit Ja oder Nein zu beantworten seien. Selbst wenn das zu händeln sei, spiele der Zeitfaktor eine große Rolle, weil die StVV im III. Quartal entscheiden müsse, was gewollt sei. Er meine, eine Befragung befördere dies nicht.

Frau Grimm äußert, dass es wirklich sehr spät sei, um über eine Befragung nachzudenken. Sie wundere sich, dass die Fraktionen sich in erster Diskussion des Antrages für eine Befragung ausgesprochen haben und jetzt eher dagegen seien. Sicher konnte im Vorfeld niemand wissen, dass die vorgeschlagenen Alternativen eigentlich eine „Farce“ seien.

Auf Grundlage der vorliegenden Fragen werde die Fraktion der SPD dem Antrag nicht zustimmen, so Herr Schubert. Der aktuelle Stand mit den Varianten sei den Stadtverordneten erst heute zur Kenntnis gegeben worden und diese Information sollte allen Stadtverordneten zugänglich sein. Wenn eine Beratung in den Fraktionen nicht gewollt sei, könne die Fraktion nicht zustimmen.

Herr Schüler empfiehlt der Fraktion DIE LINKE. PDS, ein Bürgerbegehren einzuleiten.

Der Oberbürgermeister meint, man könne sich mit der „Idee der Befragung anfreunden“, die Art der Fragen und der Zeitpunkt seien jedoch problematisch. Er schlage vor, dies nochmals in den Fraktionen zu diskutieren und die Drucksache im nächsten Hauptausschuss erneut zu behandeln.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen den Vorschlag aus, da die Aussagen der Fraktionen, die vor 4 Wochen gemacht wurden, nun nicht mehr aufrecht gehalten werden.

Der Oberbürgermeister stellt die Drucksache zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, in die Prüfungen zum Freizeitbad eine Bürgerbefragung einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	1

zu 3 Straßenumbenennung in Babelsberg

Vorlage: 06/SVV/0112

Herr Bretz verweist auf den Vorschlag im Ausschuss für Kultur, den Johann-Strauß-Platz umzubenennen. Er wolle im Hauptausschuss eruieren, ob das die Zustimmung der Fraktionen finden könne.

Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass kein Antrag zur Umbenennung des Johann-Strauß-Platzes vorliege und dies auch kein Vorschlag des Kulturausschusses sei, sondern lediglich eine Empfehlung. Er sehe keinen Druck und kein Bedürfnis für diese Umbenennung, da er der Meinung sei, man solle mit Umbenennungen generell sehr sorgfältig umgehen. Der Vorschlag der Fraktion CDU solle in den Namenspool gegeben und in weitere Überlegungen einbezogen werden.

Herr Schubert schließt sich der Bemerkung von Herrn Dr. Scharfenberg an, dass kein entsprechender Antrag vorliege. Über die Empfehlung des Ausschusses für Kultur könne man aber nachdenken.

Der Antrag wird weiterhin zurückgestellt.

zu 4 Lenindenkmal an der Hegelallee

Vorlage: 06/SVV/0113

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass Herr Wiesener vom Zentrum für Zeithistorische Forschung die Sitzung bereits verlassen musste. Er schlägt vor, die Drucksache erst im Ausschuss für Kultur zu beraten und dann abschließend im Hauptausschuss. In diesem Zusammenhang sollte die Tatsache Berücksichtigung finden, dass es sich um Privatbesitz und beim Standort um ein Privatgrundstück handele.

Frau Fischer verweist darauf, dass eine Behandlung der DS erst in der Juni-Sitzung des Kulturausschusses möglich sei. Herr Bretz stimmt namens seiner Fraktion zu und **stellt** den Antrag bis auf Weiteres **zurück**.

zu 5 Externe Stellenbesetzung Leitstellendisponent/in

Vorlage: 06/SVV/0376

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 373 200 11 „Leitstellendisponent/In“ im Fachbereich Feuerwehr Eingruppierung: A8 BBesG, wird zur externen Besetzung ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 6 Ergebnisse Planungswerkstatt 'Potsdamer Mitte'

Vorlage: 06/SVV/0257

Der Oberbürgermeister verweist auf die im Ausschuss für Stadtplanung und Bauwesen beschlossenen Änderungen, die den Stadtverordneten schriftlich vorliegen.

Den o.g. Änderungen wird vom Hauptausschuss mit 9 JA-Stimmen, bei 5 NEIN-Stimmen zugestimmt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Empfehlungen aus der Planungswerkstatt werden den weiteren Planungen im Bereich „Potsdamer Mitte“ zugrunde gelegt, insbesondere für die Konkretisierung der Sanierungsziele und der Aufstellung der Bebauungspläne.

Einschließlich der Änderungen aus dem Ausschuss Stadtplanung und Bauwesen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 1

zu 7 **Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 06/SVV/0260

Der Oberbürgermeister verweist auf die im Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft beschlossenen Änderungen, die den Stadtverordneten schriftlich vorliegen.

Den o.g. Änderungen wird im Hauptausschuss einstimmig zugestimmt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam

Einschließlich der Änderungen aus dem Ausschuss für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 8 **Diskussion über die Novellierung der Gemeindeordnung - Verständigung zu den Themen, die für die Stadt relevant sind**

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit schlägt der Oberbürgermeister vor, diesen TOP in der Sitzung am 10.05.2006 zu behandeln. Herr Dr. Scharfenberg bittet, diesen Punkt zu Beginn der nächsten Sitzung aufzurufen, um ihn nicht ein weiteres Mal vertagen zu müssen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 9 entsprechend HA 12.04.06
Mitteilungen der Verwaltung

zu 10 **Verständigung zum Thema ÖPP und der Einladung eines Vertreters des MI**
Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit schlägt der Oberbürgermeister vor, diesen TOP in der Sitzung am 10.05.2006 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

zu 11

Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf einen Artikel in der MAZ, in dem über eine Gerichtsverhandlung berichtet wurde, in der der GEWOBA Arglist vorgeworfen wurde. Er bittet um eine Information im Hauptausschusses, insbesondere über eventuelle Konsequenzen für die Stadt.

Da die Stadt nicht Prozessbeteiligte war, so Herr Exner, müsse er sich die Entscheidung schriftlich zustellen lassen und analysieren. Danach könne er den Hauptausschuss informieren. Der Oberbürgermeister meint, dass der Sachverhalt in der Presse sehr dramatisch dargestellt sei. Herr Schubert bittet um eine zeitnahe Berichterstattung.

Der Oberbürgermeister sagt die Aufnahme in die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert an seine Bitte, zum Umgang mit nicht korrekt gestalteten Rechnungen mittelständischer Betriebe zu informieren. Herr Exner verweist darauf, dass er die Prüfung durch den KIS veranlasst habe.

Herr Schüler bittet, im nächsten Hauptausschuss über die nicht erfolgte Satzungsveröffentlichung eines B-Planes in Babelsberg zu informieren. Der Oberbürgermeister sagt die Aufnahme in die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu.

Herr Krause bittet, in diesem Zusammenhang auch die Frage zu beleuchten, ob das Veröffentlichungsmanagement zeitgemäß sei.